



Beratung im Krisenmodus: Update zur Beratungsstatistik von OFEK e.V. im 1. Halbjahr nach dem 7. Oktober 2023

Sechs Monate sind vergangen seit dem schwersten Massaker nach der Shoah und Gründung des Staates Israel. Unmittelbar nach dem Angriff kam es hierzulande zu einem **sprunghaften Anstieg antisemitischer Straftaten und Vorfälle**. Der enthemmte Terror und die antisemitische Bedrohung stellten die jüdische und israelische Gemeinschaft vor die Herausforderung, die Wirkung von Gewalt, Geiselnahmen und die antisemitischen Angriffe zu bewältigen. Die Beratungsstelle OFEK e.V. musste auf diese Bedarfe reagieren – allein **in den ersten vier Wochen verzweifelte sich das Beratungsaufkommen** im Vergleich zu Vorjahren. Im gesamten Zeitraum von sechs Monaten hat sich der Bedarf an spezialisierter Unterstützung versiebenfacht.

Trotz der zeitlichen Distanz von sechs Monaten ist das Fallaufkommen weiterhin stark erhöht. **Die Zahl der Beratungsfälle im Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis zum 6. April 2024 beläuft sich auf 1.333 Beratungsanfragen. Die aktuelle Zahl übertrifft die Gesamtzahl aller Beratungsanfragen seit dem Bestehen von OFEK e.V.** Im Zeitraum von Juli 2017 bis Juni 2023 verzeichnete die Beratungsstelle bundesweit 1.110 Fälle.

- Unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023 hat OFEK die gesamte Belegschaft in den Krisenmodus überführt. Das Beratungsaufkommen stieg rapide an. Insgesamt hat das OFEK-Team **987 Fälle** mit Bezug zu einem oder mehreren antisemitischen Vorfällen und Angriffen aufgenommen und beraten. In weiteren **316 Fällen** bezog sich die Beratung auf die psychologischen und sozialen Folgen des 7. Oktober sowie des Antisemitismus, Angst und Sorge um Kinder und Angehörige, Erfahrungen von Diskriminierung und Ausschluss.
- Seit dem Anschlag in Halle befasst sich OFEK mit Wirkung vom Terror und Großschadenereignissen. Im Zuge des Terroranschlags vom 7. Oktober wurde OFEK von **23 Personen, die entweder direkt oder indirekt (über Nahestehende) vom Anschlag betroffen sind**, aufgesucht. Bei **13 Fällen beriet OFEK zu Härteleistungen und/oder Leistungen nach SGB XIV.**

- Im Zuge des Terroranschlags vom 7. Oktober wurde OFEK von **23 Personen**, die entweder direkt oder indirekt (über Nahestehende) vom Anschlag betroffen sind, aufgesucht. Bei **13 Fällen** beriet OFEK zu Härteleistungen und/oder Leistungen nach SGB XIV.
- Unmittelbar nach dem 7. Oktober wurde auch das psychologische Team in Alarmbereitschaft versetzt. Im Krisenmodus leistete das psychologische Team professionellen psychologischen Support. Das psychologische Team wurde in **122 Fällen** aktiv und leistete insgesamt **412 Sitzungen** infolge der Belastung. Über die Hälfte solcher Beratungsanfragen erreichte OFEK im ersten Monat nach dem 7. Oktober.
- **Der Anteil der Beratungsanfragen anlässlich konkreter Vorfälle wuchs in den vergangenen Monaten stetig.** Großteil der Beratungsfälle ereignete sich im Kontext von Institutionen – hier wirken die Strukturen, das gesellschaftliche Klima und der Diskurs.
- Das Ausmaß **antisemitischer Agitation an Hochschulen** führte zu einem sprunghaften Anstieg der antisemitischen Vorfälle und Beratungsanfragen von jüdischen sowie israelischen Studierenden und Hochschulangehörigen. Insgesamt hat OFEK **69 Fälle aus deutschen Hochschulen** und **3 Fälle** aus dem Ausland aufgenommen und beraten – die Beratung bei einigen Fallkomplexen dauert noch an. Darüber hinaus führte OFEK **22 Fachberatungen** und Schulungsmaßnahmen zu gegenwärtigen Dimensionen von Antisemitismus, zu Schutz- und Sicherheitskonzepten sowohl für Leitungsebene als auch für Stabsstellen oder Dozierende. Insgesamt **139 Personen** nahmen daran teil.
- Aufgrund hoher Bedarfe an Austausch zum Umgang mit Vorfällen, Belastung und Bedrohung hat OFEK **neun Safer Spaces** für jüdische Studierende und Hochschulangehörige konzipiert und angeleitet. Daran nahmen **177 Personen** teil. Bei **36 weiteren Safer Spaces** und ähnlichen krisenfokussierten Empowerment-Formaten waren **377 Teilnehmende** dabei.
- Auch ohne den Bezug zum 7. Oktober bildet das **Handlungsfeld Schule** einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit von OFEK. Insgesamt hat OFEK **131 Beratungsanfragen** aus dem Kontext von Kitas, Grund- und Sekundarschulen und schulnahen Einrichtungen aufgenommen und beraten; bei einigen Fällen dauert die Beratung noch an. Zusammen mit dem Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung veranstaltete OFEK im Zuge der steigenden Bedarfe **12 Digitale Sprechstunden für Lehrkräfte**. An Digitalen Sprechstunden nahmen **243 Personen** teil.
- Als Reaktion auf die weitreichende Wirkung der Gewalt in Israel und Deutschland wurde das **Format der Elternberatung unter der Überschrift „Mit Kindern über Krieg sprechen“** wieder angeboten. Insgesamt konnten neun Sitzungen mit **185 Teilnehmende** umgesetzt werden.

- Die Fachberatung von jüdischen (und nichtjüdischen) Institutionen ist neben der Betroffenenberatung ein zentrales Tätigkeitsfeld von OFEK. Nach dem 7. Oktober wuchs der Bedarf an Begleitung und Beratung u.a. zum Thema Schutz- und Sicherheitskonzepte und **Umgang mit Krisen und Krieg**. Insgesamt wurden **35 Fachberatungen** mit **392 Teilnehmenden** und **24 mehrsprachige psychologische Gruppen** mit **249 Teilnehmenden** durchgeführt.
Insgesamt haben an 125 Gruppenformaten 1.623 Personen teilgenommen.
- Die von OFEK e.V. und der ZWST getragene **Telefonseelsorge auf Hebräisch „MATAN“** hat insbesondere in den ersten Wochen viel Belastung abgefedert. Im Oktober hat die Hotline **62 Anrufe** und im November **50 Anrufe** durchgeführt. Im Vordergrund stand die belastende Wirkung des Terrors in Israel. Im Vordergrund stand die belastende Wirkung des Terrors, des Krieges und Antisemitismus auf alle Lebenslagen. Auch 2024 spielt der Krieg eine zentrale Rolle, auch wenn nicht mehr so vorrangig wie in den ersten Monaten nach dem Terroranschlag.

Wir danken unseren Fördergebern und zahlreichen Spender:innen sowie unseren Partnern, darunter Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd), Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), AMCHA Deutschland, Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS) e.V., Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk (ELES), der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JUSD), Keshet Deutschland e.V., dem Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung, Makkabi Deutschland e.V., dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG), dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) und vielen anderen.

Über OFEK e.V.

OFEK e.V. ist die erste Fachberatungsstelle, die auf Antisemitismus und Community-orientierte Beratung spezialisiert ist. OFEK berät alle Fälle von Antisemitismus ungeachtet ihrer strafrechtlichen Relevanz und bietet auch Institutionen wie Schulen oder Hochschulen Fachberatung bei Vorfällen an. OFEK verfügt über eine täglich geschaltete bundesweite Hotline und arbeitet regional in Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Darüber hinaus ist OFEK e.V. Träger von zwei Meldestellen für antisemitische Vorfälle RIAS Sachsen-Anhalt und RIAS Sachsen.

Standorte und Projekte von OFEK e.V. werden gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“, das Staatsministerium Baden-Württemberg, die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung Berlin im Rahmen des Programms „Demokratie. Vielfalt. Respekt“, das Landesprogramm „Hessen – Aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“, die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Landesprogramms „#wirsinddasland. Demokratie, Vielfalt, Weltoffenheit. In Sachsen-Anhalt“, Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, das Staatsministerium für Kultus des Freistaats Sachsen, die Antidiskriminierungsstelle des Bundes im Rahmen des Programms „respekt*land“ und den Zentralrat der Juden in Deutschland.